



Schwarz-blau II:
ein Rückblick

ARBEITSKOPIE

Einleitung

Auch wenn aufgrund der Ibiza-Implosion das türkis-blaue, rechtskonservative Projekt nach 527 Tagen abgeblasen wurde und auch in der Zeit der bestehenden Regierung oft mehr angekündigt und beworben wurde als wirklich umgesetzt, so lässt sich doch einiges an seinen Taten messen: Die Einführung des 12-Stunden-Tages bzw. der 60-Stunden-Woche, Kürzung der bedarfsorientierten Mindestsicherung, Umbau der Sozialversicherungen, Schlusslicht in der Klimapolitik, Einführung politischer Generalsekretariate in allen Ministerien, um nur ein paar der negativen Highlights zu nennen.

All diese politischen Vorhaben, die sich auch unter dem Projektnamen „Staatsumbau“ zusammenfassen lassen, können in einem historischen und einem regionalen Kontext gesehen werden: Historisch betrachtet gibt es Kontinuitäten zwischen dem überwunden geglaubten schwarz-blauen (bzw. blau-schwarzen oder schwarz-orangen) Projekt am Anfang des neuen Jahrtausends und seiner Neuaufgabe im Jahr 2017 unter türkis-blauem Banner.

Auch regional bzw. sogar global bläst der politische Wind immer kräftiger in Richtung neoliberale bzw. konservative Wende: Verstärkt nach und durch die große Krise des Kapitalismus¹ seit 2007 haben nationalistische, rechtsextreme, konservative, neoliberale und revanchistische Strömungen Oberwasser und kommen in immer mehr Ländern auch demokratisch legitimiert an die Macht bzw. an die Oberfläche. Die Linke wirkt unkoordiniert und planlos, die Sozialdemokratie auch unglaubwürdig.

Allen gemein – in Österreich wie in der ganzen Welt – ist diesen rechten Bewegungen eine antidemokratisch-autoritäre Grundeinstellung (in Österreich etwa durch Message Control, Schwächung von Betriebsräten und Gewerkschaften oder nicht glaubhaft durchgeführten Begutachtungsverfahren) mit xenophoben und rassistischen Auswüchsen, die an den „kleinen Mann“ appellieren, während sie „ihm“ seine wirtschaftlichen und demokratischen Grundlagen in Umsetzung der neoliberalen Glaubenslehre entziehen.

Als Gegenwind zu diesem Trend hat sich der Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (BEIGEWUM) als Verein von SozialwissenschaftlerInnen aus unterschiedlichen Disziplinen gegründet. Er verfolgt das Ziel, Ergebnisse kritischer Forschungstätigkeit in die laufende politische Debatte einzubringen. Der BEIGEWUM erstellt, diskutiert und verbreitet kritische Konzeptionen der österreichischen Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie die Entwicklung gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitischer Alternativen unter besonderer Berücksichtigung der Interessen von Frauen.

Gegründet 1985, liegen die inhaltlichen Tätigkeitsschwerpunkte in Arbeiten zur Budgetpolitik, Verteilungspolitik und zu Fragen der Europäischen Integration sowie in der Herausgabe der vierteljährlichen Zeitschrift Kurswechsel im Sonder-

zahl Verlag. Die letzten Buch-Publikationen des BEIGEWUM sind: Schwarzbuch Schwarz-Blau II (im Eigenverlag), Politische Ökonomie Österreichs – Kontinuitäten und Veränderungen seit dem EU-Beitritt (Mandelbaum Verlag), sowie Umkämpfte Technologien – Arbeit im digitalen Wandel, Mythen des Reichtums – Wenn Ungleichheit unsere Gesellschaft gefährdet und Mythen des Sparens – Antizyklische Alternativen zur Schuldenbremse (jeweils im VSA: Verlag). All diese Publikationen sind über die Homepage des BEIGEWUM (www.beigewum.at) bestellbar, auf der sich auch ein Blog mit aktuellen Beiträgen, Veranstaltungen und Factsheets findet.

Die historischen und regionalen Kontinuitäten und Zusammenhänge der türkis-blauen Regierung wurden im Heft Kurswechsel 3 (2018) „Freie Fahrt für reiche Burschen? Schwarz-Blau ist zurück!“ gesammelt dargestellt. Die vorliegenden drei Artikel in diesem Gaismair-Jahrbuch bieten einen kurzen und aktualisierten Auszug aus diesem Heft.²

Armin Puller beschäftigt sich in seinem Beitrag „Die Österreichische Volkspartei unter Sebastian Kurz“ mit der aktuellen Lage der Österreichischen Volkspartei (ÖVP). Er zeigt, dass diese zwar nach wie vor als gesellschaftlich breit verankerte und komplex organisierte Volkspartei gelten kann. Mit dem Wandel zur „neuen Volkspartei“ habe sie aber eine weitreichende Transformation durchlaufen, was sowohl ideologische Verschiebungen als auch innerparteiliche Veränderungen beinhalte. Damit konnte dem Autor zufolge das seit dem Ende der Ära Schüssel alternierende Wechseln zwischen liberalerem Neokonservatismus und traditionalistischem Konservatismus überwunden wurden: zugunsten eines Parteiprojekts, das wesentlich durch eine Annäherung an die extreme Rechte gekennzeichnet ist. Dessen ungeachtet bestehen laut Puller innerhalb der Partei wie auch zwischen den ehemaligen Koalitionspartnern Bruchlinien fort, entlang denen jederzeit Konflikte aufbrechen und Spaltungen vollzogen werden können.

Dem Wandel der Frauen- und Gleichstellungspolitik gehen *Franziska Disslbacher* und *Jana Schultheiss* in ihrem Beitrag „Denn nur ein gleichberechtigtes Miteinander von Frauen und Männern sichert eine gedeihliche Zukunft – Zur Frauen- und Gleichstellungspolitik von Schwarz-Blau II“ nach: Einleitend arbeiten die Autorinnen wesentliche Entwicklungen in diesem Politikfeld unter Schwarz-Blau I heraus. Diese lassen sich ihnen zufolge als Wende von der Frauenpolitik zur Familienpolitik charakterisieren, während Gleichstellungspolitik Anfang der 2000er-Jahre umfassend von der Agenda verschwand. Im Vergleich dazu sei die Programmatik von Schwarz-Blau II durch stärkere Ambivalenzen gekennzeichnet, was aus frauen- und gleichstellungspolitischer Perspektive auch positive Aspekte umfasse (unter anderem Beibehaltung des Einkommensberichts, Ausbau schulischer Nachmittagsbetreuung und von Fraueneinrichtungen). Das stehe jedoch in scharfem Kontrast zur bisherigen Regierungspraxis – vom sogenannten „Familienbonus Plus“ bis hin zu Kürzungen im Bereich der Kinderbetreuungseinrichtungen oder des Gewaltschutzes. Wie Disslbacher und Schultheiss darlegen, verweisen Maßnahmen wie diese – trotz der ambivalenten Programmatik – auf einer neuerlichen Zäsur in der Frauen- und Gleichstellungspolitik.

Veränderungen im Bereich der Arbeitsmarktpolitik und die Reform der bedarfsorientierten Mindestsicherung (BMS) untersucht schließlich *Simon Theurl* in seinem Beitrag „Arbeitsmarktpolitik der schwarz-blauen Bundesregierung“. Er betont zum einen Kontinuitäten, stehen die aktuellen Konzepte seiner Meinung nach doch in der Tradition eines übergreifenden Wandels der Sozialhilfe- und Arbeitsmarktpolitik in Richtung Workfare und Aktivierung, also in der Verknüpfung öffentlicher Transferleistungen mit der Verpflichtung zur Arbeitsaufnahme und der Anpassung des Arbeitsangebots an die Nachfrage, etwa durch Fortbildungen. Zum anderen markieren sie laut dem Autor aber auch einen Bruch mit den bisher in Österreich verfolgten Ansätzen in diesem Feld. Konkret bemühte sich die türkis-blaue Regierung, wie Theurl anhand eines Vergleichs mit Schwarz-Blau I darlegt, die (zum Teil erfolglosen) Reformvorhaben der Jahre 2000 bis 2007 fortzuführen und zu vollenden. Dies gelte insbesondere für die Abschaffung der Notstandshilfe nach dem Vorbild der deutschen Hartz-IV-Reform, aber auch für den Umbau der Arbeitsmarktverwaltung oder für Kürzungen im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik.

Anmerkungen

- 1 Vielmehr eigentlich nur des Kapitals; ob die Krise wirklich systemisch ist bzw. war, wird sich wohl erst noch zeigen.
- 2 Siehe Markus Griesser/Julia Hofmann: Editorial, in: Kurswechsel 3 (2018), S. 3–7.